

Kinder / Jugend / Familie

AF Rat ö 9.12.2008

Heimkinder in Osnabrück (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 5 f)

Inhalt der Anfrage:

1. Sind der Verwaltung die Heime noch bekannt, die bis in die 70er Jahre durch das Jugendamt der Stadt genutzt wurden, bzw. von der Stadt selber betrieben wurden?
2. Sind der Stadt entsprechende Vorfälle bekannt von denen Kinder und Jugendliche betroffen sind, die unter der Obhut der Stadt in Heimen untergebracht wurden?
3. Plant die Stadt hierüber Klärungen und/oder Nachforschungen anzustellen, um sich qualifiziert an entsprechenden Initiativen der Kirchen, des Deutschen Bundestages und der niedersächsischen Sozialministerin beteiligen zu können, gemeinsam mit den Betroffenen eine Aufarbeitung zu ermöglichen?

Frau Stadträtin Rzyski beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Die Verwaltung bewahrt Akten aus diesem Arbeitsfeld nach entsprechenden Vorgaben nicht länger als 10 Jahre auf. Deshalb gibt es keine Unterlagen mehr, aus denen hervorgeht, in welchen Heimen innerhalb und außerhalb von Osnabrück Kinder und Jugendliche in dem genannten Zeitraum durch das Jugendamt der Stadt Osnabrück untergebracht waren. Die Stadt Osnabrück selbst war nie Träger einer Heimeinrichtung. In der Stadt Osnabrück gab es nach Kenntnis der Verwaltung in dem genannten Zeitraum folgende Heimeinrichtungen: Agnes-Schoeller-Heim (Träger: DRK; die Einrichtung besteht nicht mehr), Don-Bosco Kinderheim, St. Johann, (Träger: bischöfliche Stuhl) sowie die Einrichtungen Haus am Schlehenbusch, Haus Neuer Kamp und Kinderheim am Schölerberg, die der evangelischen Kirche zugeordnet werden können.

zu 2.:

Der Verwaltung sind - abgesehen von dem in der NOZ berichteten Einzelfall - keine weiteren Fälle bekannt.

zu 3.:

Angesichts der überregional bereits seit Jahren bestehenden und/oder der aktuell angekündigten zusätzlichen Aktivitäten plant die Verwaltung nicht, eigene Nachforschungen anzustellen.

Die konfessionellen Träger von Heimeinrichtungen sind für diese Thematik hochsensibilisiert, haben einzelne Kontakte und gehen offen damit um. Auf Nachfrage wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass es derzeit in der Stadt Osnabrück zwei Initiativen/Anlaufstellen gibt:

- Im Auftrag der evangelischen Landeskirche wird es am 16. Dezember 2008 ein Treffen geben, zu dem die Personen eingeladen sind, die sich anlässlich des Leserbriefes in der NOZ gemeldet haben.
- Auf Seiten des Diözesancaritasverbandes gibt es für den Bereich des Bistums Osnabrück eine feste Ansprechpartnerin für Betroffene. Ihr sind aktuell keine Einzelfälle bekannt.

Beratungsverlauf:

Herr Bajus hinterfragt, warum keine eigenen Nachforschungen angestellt werden. Er verweist auf die Verantwortung der Stadt als Träger der Jugendhilfe.

Frau Stadträtin Rzyski verweist nochmals auf die aufgrund abgelaufener Aufbewahrungsfristen nicht mehr vorhandenen Akten und darauf, dass andere

Nachforschungsmöglichkeiten nicht bestehen. Sobald aufgrund der derzeit bestehenden Aktivitäten entsprechende Hinweise gegeben würden, würde die Stadt selbstverständlich umgehend tätig werden.